



## Wortprotokoll der 73. Sitzung

### Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 5. Mai 2021, 14:30 Uhr

10117 Berlin, Wilhelmstraße 68

Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal: 1.228

Vorsitz: Johannes Selle, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

#### a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

##### **Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“**

**BT-Drucksache 19/28648**

##### **Federführend:**

Ausschuss für Kultur und Medien

##### **Mitberatend:**

Haushaltsausschuss

##### **Berichterstatter/in:**

Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]

Abg. Marianne Schieder [SPD]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE.]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

#### b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

##### **Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte**

**BT-Drucksache 19/28535**

##### **Federführend:**

Ausschuss für Kultur und Medien

##### **Mitberatend:**

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und  
Kommunen

##### **Berichterstatter/in:**

Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]

Abg. Marianne Schieder [SPD]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Simone Barrientos [DIE LINKE.]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Liste der Sachverständigen

Prof. Charlotte Bühl-Gramer  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Bernd Faulenbach  
Ruhr-Universität Bochum

Dr. Sebastian Garbe  
Bündnis Decolonize

Prof. Dr. Hans Walter Hütter  
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Roland Jahn  
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen DDR (BStU)

Dr. Susanne Kitschun  
Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen

Prof. Paula Lutum-Lenger  
Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Gesine Oltmanns  
Stiftung Friedliche Revolution

Dr. Stefan Scheil  
Historiker und Publizist



## **Anwesenheitsliste\***

### **Mitglieder des Ausschusses**

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses

#### **CDU/CSU**

Bernstein, Melanie  
Frieser, Michael  
Kauder, Volker  
Magwas, Yvonne  
Motschmann, Elisabeth  
Selle, Johannes

#### **SPD**

Lindh, Helge  
Rabanus, Martin  
Schieder, Marianne

#### **AfD**

Jongen, Dr. Marc  
Renner, Martin Erwin

Frömming, Dr. Götz

#### **FDP**

Hacker, Thomas

#### **DIE LINKE.**

Barrientos, Simone

Achelwilm, Doris

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Grundl, Erhard  
Stumpp, Margit

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften sowie eine Liste der per Webkonferenz teilnehmenden Mitglieder sowie der aktiv beteiligten Ressorts beigelegt.



**Bundesregierung**

BKM

**Fraktionen und Gruppen**

AfD

FDP

DIE LINKE.



## Tagesordnungspunkt 1

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer  
„Stiftung Orte der deutschen  
Demokratiegeschichte“**

**BT-Drucksache 19/28648**

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte  
deutscher Demokratiegeschichte**

**BT-Drucksache 19/28535**

## Liste der Sachverständigen

**Prof. Charlotte Bühl-Gramer**  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-  
Nürnberg

**Prof. Dr. Bernd Faulenbach**  
Ruhr-Universität Bochum

**Dr. Sebastian Garbe**  
Bündnis Decolonize

**Prof. Dr. Hans Walter Hütter**  
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik  
Deutschland

**Roland Jahn**  
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
(BStU)

**Dr. Susanne Kitschun**  
Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der  
Märzgefallenen

**Prof. Paula Lutum-Lenger**  
Haus der Geschichte Baden-Württemberg

**Gesine Oltmanns**  
Stiftung Friedliche Revolution

**Dr. Stefan Scheil**  
Historiker und Publizist

**Vorsitzender:** Ich eröffne die 73. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien als öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ (19/27515) sowie zu der Unterrichtung der Bundesregierung „Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ (19/28535). Die Anhörung findet unter Pandemie-Bedingungen statt, deshalb haben wir kein Publikum zugelassen. Die Öffentlichkeit wird über eine Webkonferenz hergestellt, außerdem wird die Veranstaltung aufgezeichnet und demnächst als Mitschnitt auf der Internetseite des Ausschusses zur Verfügung gestellt. Auch ein Wortprotokoll wird angefertigt, das man zu einem späteren Zeitpunkt einsehen kann. Die Sachverständigen haben dankenswerterweise schriftliche Stellungnahmen erarbeitet, die ebenfalls veröffentlicht werden. Der Ausschuss wird also für so viel Transparenz wie möglich sorgen.

Von Seiten der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) haben wir die zuständige Gruppenleiterin hier bei uns, Frau Maria Bering.

Die neun Sachverständigen kann ich zwar gerade nicht sehen, sie können mich aber hoffentlich sehen und hören. Mir wurde versichert, dass alle da sind. Ich will wenigstens die Namen nennen: Frau Prof. Bühl-Gramer, Herr Prof. Dr. Faulenbach, Herr Dr. Garbe, Herr Prof. Dr. Hütter, Herr Jahn, Frau Dr. Kitschun, Frau Prof. Lutum-Lenger, Frau Oltmanns und Herr Dr. Scheil. Herzlich willkommen zur öffentlichen Anhörung!

Wir veranstalten die Anhörung im Format der „Berliner Stunde“. Das heißt, dass die Fraktionen gemäß ihrer Stärke im Bundestag Zeitkontingente zur Verfügung haben. Innerhalb dieser Zeit müssen sie Fragen formulieren und dürfen die



Sachverständigen auswählen, an die sie diese Fragen richten. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Fraktion der CDU/CSU 21 Minuten zur Verfügung hat, um den Sachverständigen verschiedene Fragen zu stellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dagegen nur sechs Minuten und muss es in dieser Zeit ebenfalls schaffen, ihre Schwerpunkte zu setzen. Falls am Ende noch Zeit bleibt, können alle Sachverständigen eine Schlussbemerkung machen. Ob das gelingt, hängt vom Verlauf der Veranstaltung ab.

Jetzt möchte ich beginnen mit der CDU/CSU-Fraktion, die 21 Minuten zur Verfügung hat. Herr Kollege Kauder, bitte!

Abg. **Volker Kauder** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Fragen gehen an Herrn Prof. Dr. Hütter und Frau Prof. Lutum-Lenger. Wir haben in Ihren schriftlich vorgelegten Stellungnahmen eine grundsätzlich positive Aussage zu unserem Stiftungsvorhaben gelesen und haben lesen können, wie Sie manche Schwerpunkte einordnen. Meine Frage an beide Sachverständigen: Glauben Sie, dass mit den konkreten Maßnahmen, die im Stiftungsgesetz vorgesehen und beschrieben sind, wie finanzielle Förderung, Beratung und Unterstützung, der Zweck erfüllt werden kann und das Ziel erreicht wird, Orte der Demokratie besser in der Öffentlichkeit darzustellen? Was würden Sie der Stiftung raten, wo sie Schwerpunkte setzen sollte, und welche Konzepte sollte sie darstellen, um junge Menschen zu erreichen?

Da die beiden Sachverständigen, die ich anspreche, Häuser der Geschichte leiten, würde mich noch interessieren, an welchen Punkten die konkreten, von der Stiftung geförderten Einrichtungen mit Ihren Häusern zusammenarbeiten könnten. Die Einrichtungen, die genannt worden sind, sind ja, bis auf die Paulskirche, kleinere Einrichtungen. Ich meine, Frau Prof. Lutum-Lenger sollte beginnen, anschließend sollte Herr Prof. Dr. Hütter antworten.

**Vorsitzender:** Ja, bitte. Wir fangen mit diesen beiden Sachverständigen an.

**SV Prof. Paula Lutum-Lenger** (Haus der Geschichte Baden-Württemberg): Vielen Dank. Es ist ein begrüßenswertes Vorhaben, das sehr wohl gelingen kann. Ich denke, dass es möglichst aussagekräftige Orte braucht, die von gegenwärtigen Perspektiven und Narrationen ausgehen. Wichtig sind außerdem Netzwerke, die mit Organisationen und Einzelpersonen aufgebaut werden müssen, die diversitätsorientiert entsprechende Formate anbieten müssen. Mir scheint ein wichtiger Schwerpunkt für diese Orte auf den Vermittlungsformaten zu liegen, denn nur durch differenzierte Vermittlungsformate, die sich an ein breites Publikum richten, schaffen wir es wirklich, junge Menschen, Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende, zu erreichen. Ausstellungen müssen interaktiv und kommunikativ sowie sicherlich auch partizipatorisch ausgerichtet sein. Das heißt, wir müssten den Erfahrungs- und Wissensschatz der Besucher und Besucherinnen ernst nehmen und ihn als integrierten Anteil dieser Orte nutzen. Für die jungen Menschen, für ein breites und auch diverses Publikum scheinen mir Outreach- und Inreach-Formate wichtig zu sein, um Gruppen, die wir bislang als Ausstellungsorte und als Museen noch nicht erreicht haben, ebenso wie Einzelpersonen zu erreichen.

Als Vertreterin einer Landeseinrichtung kann ich sagen, dass für das Haus der Geschichte Baden-Württemberg insbesondere Orte der Demokratiegeschichte in Baden-Württemberg, eigentlich aber alle Orte für eine Zusammenarbeit infrage kommen. Vorstellbar ist an der einen oder anderen Stelle und je nach Thema – das könnte 1848 oder ein anderes Thema sein – natürlich auch eine Zusammenarbeit mit Bundeseinrichtungen. Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Jetzt würde ich gern Herrn Prof. Dr. Hütter um seine Antwort bitten.

**SV Prof. Dr. Hans Walter Hütter** (Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland): Besten Dank. Ich kann nahtlos anknüpfen an die Darlegungen der Kollegin Lutum-Lenger. Die Tätigkeiten und Aufgaben unserer Häuser und damit auch unser Tagesgeschäft sind von sehr vielen Ähnlichkeiten gekennzeichnet.



Zunächst zu den Maßnahmen: Ich halte den Gedanken, eine neue Stiftung einzurichten, aus einem einfachen Grund für sehr geeignet. Die Idee, junge Menschen, überhaupt Bürgerinnen und Bürger an die Orte der deutschen Demokratiegeschichte heranzuführen, vielleicht auch mittels Vernetzung, wurde schon in der Vergangenheit das eine oder andere Mal angesprochen. Der Versuch, sie zu institutionalisieren, ist aber bislang nicht gelungen. Die gute Idee kann dauerhaft nur zünden, wenn sie entsprechend institutionalisiert ist. Ich glaube, dass die geplante Stiftung in der Lage ist, die guten Ansätze zu bündeln, zu vernetzen und damit auch langfristig Kooperationen zu schaffen.

Was kann geleistet werden? Die Förderung in dem Sinn, dass auf Orte aufmerksam gemacht werden soll, ist von Frau Lutum-Lenger bereits angesprochen worden. Ich halte darüber hinaus für sehr wichtig, auf diese Weise die Möglichkeit zu schaffen, Vermittlungsformate und deren Entwicklung für diese historischen Orte vernetzt anzubieten und weiterzuentwickeln. Denn die Vermittlung an historischen Orten entspricht nicht immer den Formaten, die wir in musealen Einrichtungen anbieten. Nicht jeder Ort zu jedem Thema kann in gleicher Weise vermittelt werden. Hier bedarf es individueller Formatansätze. Hier muss aber nicht jede Einrichtung, hier kann auch nicht jede kleine Einrichtung immer wieder völlig Neues erfinden. Das ist nicht nötig und unwirtschaftlich. Mittels Vernetzung, durch die Stiftung organisiert, könnten die Partizipation vieler an guten Ideen und die Fortentwicklung guter Ideen möglich werden. Ich habe gerade heute Morgen ein Gespräch geführt, bei dem es um die Frage der Vernetzung von Evaluationsforschung und von Ergebnissen der Evaluationsforschung ging. In einem solchen Netzwerk könnte zum Beispiel eine solche Stiftung mitmachen und den Häusern hilfreich zur Seite stehen.

Was man nicht vergessen darf, ist die Entwicklung und Vermittlung digitaler Formate. Wir haben im letzten Jahr in besonderer Weise gemerkt, wie wichtig es ist, dass die Häuser nicht nur für ihre Arbeit digitale Formate verwenden, sondern die Häuser und die Einrichtungen sich selber in den virtuellen Raum hinein ausdehnen können. An

dieser Stelle ist noch viel Arbeit zu tun, hier könnte die konzertierte Arbeit allen Einrichtungen weiterhelfen.

Hier ist auch schon die Verbindung, Herr Abg. Kauder, nach der Sie gefragt haben, zu unseren oder ähnlichen musealen Einrichtungen: Ich glaube, dass alle im digitalen Bereich zusammenarbeiten können. Natürlich können Einrichtungen wie Frau Lutum-Lengers Haus oder auch unseres nicht mit allen größeren und kleineren Einrichtungen im Land oder im Bund zusammenarbeiten, hier bedarf es der Bündelung und der Konzentration. Aber diese, wenn Sie so wollen, Clearingstelle, könnte die neue Stiftung sein. Also, ich sehe viele Möglichkeiten, Möglichkeiten, die sich nicht auf die Häuser beschränken, die bundesgeführt sind, sondern auch in Kooperation mit vielen Landeseinrichtungen und mit kommunalen Einrichtungen.

Schwerpunkte für Jugendliche? Hier muss man berücksichtigen, dass moderne museale Einrichtungen und Ausstellungen in Museen auf Vermittlung angelegt sind. Das ist bei den historischen Orten, wie wir sie kennen, nicht immer der Fall. In Sachen Vermittlung verspreche ich mir von der Stiftung einen Entwicklungsschub: moderne, zeitgemäße und zielgruppenorientierte Vermittlung von historischen Inhalten. Danke.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hütter. Die Fraktion der CDU/CSU hat noch elf Minuten Zeit.

Abg. **Michael Frieser** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen herzlichen Dank. Wir teilen die Fragemöglichkeit unter uns auf. Ich würde meine Frage gerne an Frau Prof. Bühl-Gramer richten. Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme und dafür, dass Sie erklären, grundsätzlich könnten Sie der Stiftung und den benannten Orten zustimmen.

Sie fangen mit dem erfrischenden Gedanken an, dass die Stiftung die Chance birgt, die Gedenkstättenarbeit zu entlasten, wo die Vermittlung von Demokratiegeschichte bisher zwar nicht in erster Linie, aber doch ganz wesentlich stattfand.



Interessant finde ich auch, dass Sie in Ihrem Text Kipp- und Wendepunkte der Darstellung von Geschichte erwähnen, dass es die Darstellung eines offenen historischen Verlaufs geben müsse und Sie dann zu dem Ergebnis kommen, dass das Herausbilden von Werten bis hin zur Entwicklung und dem Herausschälen von Grundrechten und Grundwerten durch diese Art der Behandlung von Geschichte an solchen Orten notwendig sei.

Wo sehen Sie die Gefahren? Also ganz einfach gefragt: Was kann man falsch machen bei der Darstellung und was wäre die Wirkungsweise?

Zweitens würde mich noch interessieren, was Sie damit meinen, wenn Sie die Notwendigkeit der Historisierung erwähnen und diese im Zusammenhang mit den historischen Stellen anführen. Entscheidend scheint mir, ob Sie glauben, dass Historisierung an den Orten, die wir vorgeschlagen haben, im Rahmen einer Stiftung grundsätzlich möglich wäre. Vielen Dank.

**SV Prof. Charlotte Bühl-Gramer** (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Vielen Dank, Herr Abg. Frieser, für Ihre zwei Fragen. Vielen Dank auch in die Runde, dass ich im Ausschuss sprechen darf.

Ich darf zunächst an die Vorredner anknüpfen und begrüßen – darin sehe ich Potenzial –, dass diese Stiftung den an so manchen bereits etablierten Orten dringend erforderlichen Relaunch von historischen Ausstellungen anstoßen soll. Sie kann an neuen, veränderten Rezeptionsgewohnheiten sowie an die entsprechenden Vermittlungsformate anknüpfen. Was ich versucht habe darzustellen, sind zwei inhaltliche Punkte, die weniger nach dem Wie fragen. Dazu haben wir im ganzen Land genug geballte Expertise. Stärker betonen möchte ich die Frage nach dem Was, dem Wozu und dem Warum. Dazu habe ich versucht, einen Akzent zu setzen und nicht nur auf Sternstunden zu schauen.

Aus der empirischen Unterrichtsforschung im Umgang mit Jugendlichen wissen wir, dass, sich an Vorbildern zu orientieren, für Jugendliche

mitunter ein sehr ermattender, vielleicht auch belastender und überfordernder Anspruch ist. Damit will ich dem Konzept nicht komplett in die Parade fahren, sondern zum Ausdruck bringen, dass ich hier einen Strang sehe. Dass mutige Menschen in der Vergangenheit andere für Ideen mobilisieren konnten und für diese einstanden, ist zweifelsohne ein Zugang. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es auch die Gefährdungen der Demokratie sind, die Momente der Gefahr, die Momente, in denen eine Entscheidung gefällt werden musste, die an diesen Orten deutlich gemacht werden können. Das ist bisweilen ein schwieriges Unterfangen, das gebe ich zu, denn die Vergangenheit war immer offen. Wir kennen heute die Ergebnisse, die Zeitgenossen kannten sie nicht. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir versuchen müssen, diese Momente, diese Phasen und diese Entscheidungssituationen für eine demokratische Wertevorstellung transparent zu machen. Dann kann man verstehen, dass Demokratie ein lebendiges Projekt ist, das immer ausgehandelt werden muss. Die Geschichte bekommt dann eine Handlungsdimension auch für gegenwärtige Besucherinnen und Besucher dieser Orte.

Der zweite Aspekt, den Sie angesprochen haben, ist mir ebenso wichtig. Ich habe im Rahmenkonzept den Umgang mit dem Begriff „Demokratie“ als sehr starr, als wenig dynamisch gelesen und würde dafür plädieren, unter Nutzung der Fachexpertise der Historikerinnen und Historiker sowie der Politologinnen und Politologen diesen Begriff stärker zu definieren und vor allem das Demokratieverständnis zu historisieren. Sehen Sie, 1848, in der Mitte des 19. Jahrhunderts, ist jemand ein Demokrat, den wir aus unserer Gegenwart heraus unter bestimmten Aspekten kaum mehr als Demokrat bezeichnen würden. Was zeigt das? Der Mann gehört in eine historische Ausstellung, aber man muss verdeutlichen, wie sich Demokratie über die Zeiten hinweg immer wieder verändert hat und mit anderen Wertvorstellungen, anderen Normvorstellungen hinterlegt wurde und wird. Ein guter Demokrat 1848 ist vielleicht heute aus unserer Perspektive kein guter Demokrat mehr. Man kann hinterfragen, was einen „guten Demokraten“ im 21. Jahrhundert ausmacht.

Mit andere Worten: Was ist Demokratie? Es ist





kein Containerbegriff, kein starres Konzept, sondern es ist ein dynamischer Begriff, der dazu einlädt, sich im Diskurs verstärkt auszutauschen. Was bedeutet Demokratie in unserer Gegenwart? Sie wissen es alle, der worst case ist eine vertrocknete Institutionengeschichte, die gesetzt, gegeben, vorgegeben wird und nicht in ihrer Dynamik verstanden werden kann.

Weil im Rahmenkonzept sehr stark auf Sternstunden rekuriert wurde, wollte ich hier einen Akzent setzen, nicht daran zweifelnd, dass die Häuser, Einrichtungen, Ausstellungen natürlich genau diesen Fluss in der Zeit und die Dynamik visualisieren werden. Wenn wir die Gegenwartsrelevanz von Demokratie transparent machen wollen, müssen wir jedoch zeigen, an welchen Punkten sie in der Vergangenheit auf der Kippe stand, beinahe gescheitert wäre, und warum es sich lohnt, an diesem dynamischen Konzept auch heute zu partizipieren. Das sind die beiden Aspekte, auf die ich verstärkt hinweisen wollte. Einstweilen vielen Dank.

Abg. **Michael Frieser** (CDU/CSU): Darf ich, Herr Vorsitzender, noch eine Nachfrage im Rahmen des Zeitbudgets stellen? Frau Bühl-Gramer, Sie mahnen an, bei der begrifflichen Darstellung ganz besonders vorsichtig zu sein. Nicht nur hatten Begriffe, die wir heute als selbstverständlich empfinden, im Wandel der Zeit eine unterschiedliche Bedeutung. Lassen Sie uns mal ganz oben bei der sogenannten Demokratie- und Freiheitsgeschichte beginnen: Vielleicht könnten Sie darstellen, an welcher Stelle man besonders aufpassen muss, weil man sonst gegebenenfalls in eine Falle tappt. Vielen Dank.

SV **Prof. Charlotte Bühl-Gramer** (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg): Danke für die Nachfrage. Es kann ein spannender Prozess sein, wenn die Stiftung ihre Arbeit aufnimmt und man Synergien schaffen kann, wenn man verflechten kann, wenn man sich überlegen kann, an welchem Ort welcher Aspekt von Demokratiegeschichte erzählt werden kann und soll. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass Orte der Geschichte des Nationalsozialismus immer vor der Herausforderung stehen, Besucherinnen und

Besuchern, die sich erstmals an einem Ort mit der NS-Geschichte auseinandersetzen, wesentliche Marksteine mit zu erzählen. Von daher ist es immer ein bisschen schwierig, die spezifischen Potenziale eines Ortes herauszuarbeiten.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass im Rahmenkonzept sehr oft Demokratie- und Freiheitsgeschichte in einem Atemzug genannt werden. Natürlich gibt es Freiheitskonzepte der Vergangenheit, die mit demokratischen Vorstellungen nichts zu tun hatten. Auch die Gleichsetzung von Demokratie und Parlamentarismus bedarf aus meiner Sicht der Ausdifferenzierung. Wir wissen alle, dass es jenseits des repräsentativen Prinzips noch andere Demokratiekonzepte gibt, ebenso wie es spannend werden kann, auf entsprechenden Veranstaltungen herauszuarbeiten, wonach wir suchen, wenn wir Demokratiegeschichte erzählen und präsentieren wollen. Stichworte sind: Wahlrecht, Partizipation, Emanzipation, Mobilisierung, Bürgerschaft, Engagement, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Grundwerte, Bürgerrechte usw. Es kann ein spannender Prozess werden, sich auszutauschen, in welchen Nuancierungen solche Subkategorien in der Demokratiegeschichte aufgehoben werden. Insofern ist die Gründung einer Stiftung, wenn sie den pluralen wissenschaftlichen Austausch verschiedener Disziplinen anregen kann, ein reizvolles und wichtiges Thema.

Soweit ich es überblicke, haben wir in der Demokratiegeschichte vor allem im lokalen Rahmen noch viel Forschungsarbeit zu leisten, um lokalhistorische Vermittlungskonzepte aufsetzen zu können. Wir wissen alle, dass räumliche Nähe die Beschäftigung mit einem Thema deutlich erleichtert und Schwellen absenken kann. Der erste Schritt wäre also, dass Klassen aus ganz Deutschland zu den Leuchttürmen kommen. Der zweite Schritt wäre dann, dass wir für Demokratiegeschichte vor und am Ort sensibilisieren können.

Gestatten Sie mir einen letzten Satz dazu: Man könnte in einem späteren Schritt auch überlegen, inwiefern ein Blick in die Vormoderne eine Möglichkeit für eine Auseinandersetzung böte, ohne dabei ahistorisch zu werden. Es wäre denkbar,



sich mit dem Begriff der Freiheit auseinanderzusetzen, die städtische Freiheit böte beispielsweise einen Zugang. Danke schön.

Abg. **Michael Frieser** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Punktgenaue Landung! Für die Fraktion der AfD hat jetzt Herr Abg. Dr. Frömming das Wort, sieben Minuten.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wenn Sie gestatten, würde ich gern erst zwei, drei kurze Vorbemerkungen machen und dann daraus abgeleitet eine Frage an Herrn Dr. Scheil richten, wenn es die Zeit erlaubt, auch an Herrn Prof. Dr. Faulenbach.

Gelegenheiten, die Bundesregierung oder auch die Koalition zu loben, gibt es nicht allzu viele, deshalb muss man sie nutzen, und hier bietet sich eine solche Gelegenheit. Wir finden diese Initiative zur Würdigung der Orte unserer Demokratiegeschichte ausgesprochen gut. Die Kritik, die sich anschließt, sollte nicht missverstanden werden als Kritik an der grundsätzlichen Ausrichtung, am grundsätzlichen Anliegen, das wir sehr begrüßen und das, glaube ich, überfällig war.

Es stellt sich natürlich die Frage, wenn wir über Demokratiegeschichte in Deutschland sprechen, inwieweit wir diese von der Entwicklung hin zu einem deutschen Nationalstaat trennen können. Insbesondere im 19. Jahrhundert war beides eng miteinander verwoben. Dazu würde mich die Position der geladenen Sachverständigen interessieren. Inwieweit müssen wir die Entwicklung zum Nationalstaat und die Epoche des deutschen Kaiserreichs stärker berücksichtigen? Denn auch im Kaiserreich gab es ja Ereignisse und Entwicklungen, die man durchaus in unsere Demokratiegeschichte einordnen kann.

Des Weiteren geht insbesondere an Herrn Dr. Scheil die Frage, wo er Desiderate für ein solches Unterfangen sieht. Der bisherige Ansatz ist auf die heutigen Grenzen Deutschlands be-

schränkt und auch geschichtlich sehr eingeschränkt. Wir haben beispielsweise in der frühen Neuzeit in Memmingen 1525 die Zwölf Artikel der Bauern, die man unter dem Stichwort Menschenrechte durchaus als eine Frühgeschichte unserer Demokratiegeschichte verstehen kann. Daher zunächst die Frage an Herrn Dr. Scheil: Wie bewerten Sie das vorliegende Konzept, wo sehen Sie Desiderate, welche Vorschläge hätten Sie für weitere Orte der Demokratiegeschichte?

**Vorsitzender:** Herr Dr. Scheil, bitte.

**SV Dr. Stefan Scheil** (Historiker und Publizist): Danke für die Frage. Ich habe in meiner Stellungnahme bereits ausgeführt, dass ich die bisher ausgewählten Orte durchweg für geeignet halte, Demokratiegeschichte zu illustrieren und zu repräsentieren, dass mir aber die Beschränkung auf die Grenzen der heutigen Bundesrepublik eine starke Verkürzung der Problematik zu sein scheint. Orte deutscher Demokratiegeschichte können auch sein Kreisau, das Grab von Lassalle in Breslau und Königsberg, wo ja nicht nur Immanuel Kant, sondern auch Eduard von Simson, Präsident der Paulskirche, gelebt und gewirkt hat. Meines Erachtens muss eine Bundesstiftung Wege finden, aus der territorialen Begrenzung auf die Bundesrepublik von heute herauszukommen. Keiner der namhaften Autoren, die sich an einer deutschen Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte versucht haben, also Thomas Nipperdey oder Golo Mann, wäre auf die Idee gekommen, sie auf das Territorium der Bundesrepublik zu beschränken.

Des Weiteren geht mir die zeitliche Beschränkung zu weit. Das jetzt vorliegende Konzept beginnt mit dem Hambacher Fest. Demokratie im Sinne von Gewaltenteilung und Macht auf Zeit lässt sich in Deutschland aber teilweise bis in die frühe Neuzeit zurückverfolgen. Auch die alte Reichsverfassung galt damals europaweit mit ihren sogenannten deutschen ständischen Freiheiten als Vorbild für moderne Verfassungstheoretiker wie Montesquieu oder Mirabeau. Von daher kann man deutlich machen, dass Demokratie in Deutschland in bestimmten Begrifflichkeiten sehr, sehr tief und sehr, sehr lang verwurzelt ist und weder einen



Nachkriegsimport nach 1945 darstellt noch eine Sache ist, die nur im Rahmen der nationalstaatlichen Entwicklung bis 1870 stattgefunden hat. Denn natürlich kann man auch das Kaiserreich mit seinem seinerzeit vorbildlichen Wahlrecht gut in die Demokratiegeschichte einordnen, auch wenn es kein parlamentarischer Staat war, da das Parlament nicht in der Lage war, die Regierung effizient zu kontrollieren. Hierin sehe ich also die Aufgaben einer Bundesstiftung.

Als ich die Stellungnahmen durchgesehen habe, fiel mir auf, dass ich der Einzige bin, der diese Problematik der territorialen und der zeitlichen Beschränkung angesprochen hat. Ich denke, da ist noch viel zu tun und noch viel Luft nach oben im vorliegenden Konzept. Danke.

**Vorsitzender:** Herr Prof. Dr. Faulenbach, wenn Sie noch ergänzen wollen, bitte.

**SV Prof. Dr. Bernd Faulenbach** (Ruhr-Universität Bochum): Zunächst möchte ich sagen, dass wir die Demokratiefrage im Allgemeinen tatsächlich im nationalstaatlichen Rahmen behandeln. Die moderne Demokratie ist in bestimmten Nationalstaaten entstanden, und in Deutschland war die Entwicklung zur Demokratie auch deshalb schwierig, weil sie sich teilweise mit der Nationalstaatsbildung verschränkt hat. In der deutschen Erinnerungskultur hat die Nationalstaatsbildung zeitweilig völlig dominiert gegenüber der Demokratiegeschichte. Hier geht es also um den Versuch, die Demokratiegeschichte aufzuwerten, denn sie wird im deutschen Bewusstsein generell unterschätzt. Es gibt eine veritable deutsche Demokratiegeschichte, die es stärker in der Erinnerungskultur zu verankern gilt.

Nun wird man aber die deutsche Demokratiegeschichte nicht isolieren können, denn sie steht in einem europäischen Zusammenhang. Zum deutschen historischen Erbe gehörte der Reichsgedanke, der einen übernationalen Charakter hatte. Auch der deutsche Nationalstaat, dessen Grenzen lange unklar blieben, griff weiter aus. Von daher spricht vieles dafür, den Kommunikationszusammenhang mit den Nachbarn einzu-

beziehen und auch bestimmte Orte zu berücksichtigen, die früher zum Deutschen Reich gehört haben.

Nehmen wir Lassalles Grab, das Sie, Herr Scheil, in Ihrem Papier genannt haben. Das Grab wird schon seit Jahren regelmäßig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wrocław, also im früheren Breslau, gepflegt. So etwas ist sinnvoll, so etwas kann man im heutigen Europa tun. Wie groß dann derartige Einrichtungen sind, muss man überlegen. Aber generell wird man den europäischen Zusammenhang zu beachten haben, und man wird auf diese Weise Berührungspunkte oder Überlappungen finden, die man interpretieren kann. In dem Konzept, das dem Gesetzentwurf beigelegt ist, sind lediglich einige Schwerpunkte genannt. Es müssen dies nicht die Punkte sein, auf die man sich beschränkt, sondern es kann weitere geben. Dazu kann ich vielleicht später noch einmal Stellung nehmen.

**Vorsitzender:** Gern würde ich jetzt zur SPD-Fraktion kommen. Dreizehn Minuten, Frau Kollegin Schieder, bitte.

**Abg. Marianne Schieder** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Meine beiden Fragen richten sich zunächst an Frau Dr. Kitschun und Herrn Prof. Dr. Faulenbach. Wir freuen uns, dass Sie wie wir diese „Stiftung Orte der Demokratiegeschichte“ für sinnvoll halten. Wir wollen, wie Herr Prof. Dr. Faulenbach es in seiner Stellungnahme beschrieben hat, diese Orte zum Sprechen bringen im Rahmen eines offenen Konzepts, ohne beliebig zu werden. Darauf legen wir Wert. Herr Prof. Dr. Faulenbach hat in seiner Stellungnahme insbesondere die Rolle der Parteien erwähnt und eine Nachbesserung eingefordert. Dieser Bereich, meine ich, hat bislang noch zu wenig Beachtung gefunden. Von daher würde ich Sie, Herr Prof. Dr. Faulenbach, bitten, auszuführen, wie Sie sich die Einbindung der Parteien, die Sie als konstitutive Faktoren in unserem Demokratieverständnis beschreiben, vorstellen könnten.

Einen weiteren Punkt hat Frau Dr. Kitschun sehr gut beschrieben. Sie hat mich damit sehr ange-



sprochen, weil ihr Punkt auch meine Vorstellungen und die der SPD-Fraktion trifft. Es geht darum, aus der Arbeit der Stiftung heraus einen besonderen Fokus auf die kleineren Orte zu legen. Es wurden ein paar große Orte als Beispiele genannt, aber wir wollen ganz explizit auch etwas für die kleinen Orte tun. Frau Dr. Kitschun spricht von bundesweiten Themenjahren und Vernetzungen, von der Entwicklung qualifizierter Vermittlungsformate für Demokratie und Pädagogik. Gern würde ich Sie bitten, das näher auszuführen oder näher zu beschreiben.

**Vorsitzender:** Frau Dr. Kitschun sollte beginnen, bitte.

**SV Dr. Susanne Kitschun** (Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen): Ich bedanke mich ganz herzlich für die Möglichkeit, hier heute zu Ihnen zu diesem Thema sprechen zu können. Frau Abg. Schieder hat es bereits gesagt, auch ich halte es für sehr wichtig, dass es jetzt zu dieser Stiftung kommt. Ich begrüße die Stiftung im Grundsatz sehr und denke, dass sie zu mehr Sichtbarkeit führen wird. Es ist ein wirklicher Meilenstein im Bereich der Demokratiegeschichte.

Konkret zu den kleineren Orten denke ich, dass viel daran hängen wird, ob die Stiftung in ihrer praktischen Arbeit, bei Fördermaßnahmen oder Gedenktagen stark kooperiert. Es ist schon angesprochen worden, wie wichtig die Vernetzung ist. Ich würde gern unterstreichen, dass gerade die Entwicklung qualifizierter Vermittlungsformate etwas sehr Wichtiges ist. Wir haben damit in Teilen schon begonnen, ich bin im SprecherInnenrat der Arbeitsgemeinschaft der Orte der Demokratiegeschichte, aber man stößt natürlich an Grenzen. Wenn es eine professionelle Stiftung gibt, die diese Vernetzung unterstützen kann, ist das sehr wichtig.

Ich habe mich sehr gefreut, dass im Gesetzentwurf steht, dass beratende Unterstützung angeboten werden soll, auch für noch aufzubauende Orte. Aus meiner Sicht ist das sehr wichtig, damit auch Orte, deren demokratiegeschichtlicher Gehalt sehr groß ist, die Chance haben, in Zukunft Bedeutung

zu erlangen. Dabei ist Netzwerkarbeit von hoher Bedeutung. Danke.

**Vorsitzender:** Dann Herr Prof. Dr. Faulenbach, bitte.

**SV Prof. Dr. Bernd Faulenbach** (Ruhr-Universität Bochum): An mich war die Frage nach den Parteien gerichtet. Die Demokratie, die wir heute kennen, ist in einem längeren Prozess zu dem geworden, was sie gegenwärtig ist. Dennoch können wir sagen, dass bestimmte Aspekte zu unserem Demokratiebegriff einfach dazu gehören, zum Beispiel die Parteien. Wenn wir die Geschichte der Demokratie in Deutschland entfalten, kommen wir an den Parteien nicht vorbei. Insgesamt beginnt die Demokratiegeschichte im Zeitalter der Französischen Revolution. Wir haben bereits im Vormärz das Spektrum der verschiedenen parteipolitischen Strömungen. Die Parteien lassen sich anhand der Gründungsorte oder von Schlüsselereignissen durchaus auch darstellen, wobei der demokratiegeschichtliche Kontext einbezogen werden müsste. Wir könnten folglich, sagen wir, im späteren Kaiserreich bereits eine Struktur feststellen, in der Parteien und partizipative Bewegungen unterschiedlichen Typs eine wachsende Rolle spielen. In dieser Zeit hat sich nicht zuletzt die Arbeiterbewegung stark entwickelt. Seit den 1860er-Jahren ist sie da, wir haben die Gründungsdaten der Arbeiterbewegung, wir haben die Gewerkschaften.

Es geht ja nicht nur um Stationen auf der Ebene der Verfassungsentwicklung, sondern auch um solche in der Gesellschaft, manche von ihnen im späteren Kaiserreich. Immerhin ist schon vor dem Ersten Weltkrieg die Sozialdemokratie im Hinblick auf die Wählerzahlen die stärkste Partei. Auch die Gewerkschaften sind schon sehr große Organisationen, die für die Demokratieentwicklung Bedeutung haben.

Ich will damit sagen, dass sich dabei schwierige Fragen stellen, man diese Fragen aber wird zulassen müssen. Das, was als Begleitkonzept vorgelegt worden ist, ist lediglich ein erster Versuch. Das Rahmenkonzept kann kein fester Kanon sein, sondern es muss eine offene Liste



bleiben, in die neue Orte und neue Gesichtspunkte aufgenommen werden können. Die Arbeit an der Demokratiegeschichte muss folglich ein offener Prozess sein.

Zu der Zeit nach 1945 beispielsweise ist in dem Konzept, das als Begleitkonzept vorgelegt wurde, relativ wenig enthalten. Es fehlt die DDR oder sie ist nur ansatzweise enthalten. Folglich fehlen oppositionelle Gruppen, fehlt der 17. Juni, fehlt die Friedliche Revolution. Diese Aspekte müssen ihrerseits dann ihre Orte finden und gehören in ein demokratisches Bewusstsein.

Auch die westdeutsche Demokratie bedarf einer Geschichte. So sind Erinnerungsorte der Entwicklung des Grundgesetzes aufzugreifen, was das Haus der Geschichte und andere machen. Bestimmte Orte – Herrenchiemsee ist schon gestaltet – gilt es auszubauen. Oder nehmen Sie die Veränderungen dieser Demokratie Ende der 1960er-Jahre, Anfang der 1970er-Jahre. Damals gab es auf der einen Seite starke partizipatorische Momente in dieser Gesellschaft und andererseits Reformkonzepte, sodass es unter uns Historikern etliche gibt, die von einer zweiten formativen Phase der Bundesrepublik reden. Auch über solche Ereignisse wird man im Hinblick auf die Erinnerungskultur reden müssen.

Ich plädiere deshalb dafür, dieses Konzept, in dem viele der darin genannten Orte unstrittig sind, als ein offenes Konzept zu begreifen, in das weitere Schwerpunkte und Orte aufgenommen werden müssen über das hinaus, was bisher angelegt ist. Und ich glaube, dass es über das hinaus, was hier gesagt worden ist, im Hinblick auf Vermittlungsfragen viele Diskussionen geben wird.

Im Zuge dieser demokratiegeschichtlichen Arbeit werden sich neue Gesichtspunkte ergeben. Selbst die Forschung wird womöglich Anstöße gewinnen aus dem Bemühen, Demokratiegeschichte auf den verschiedenen Ebenen neu zu diskutieren und neu bewusst zu machen. Angesichts der erheblichen Unterschätzung dieser Dimension deutscher Geschichte ist das dringend erforderlich. Es gibt nicht wenige Leute, die meinen, die Demokratie hätten die Deutschen erst nach dem

Zweiten Weltkrieg entdeckt. Diese Leute müssen erst dazu gebracht werden, die veritablen Stationen, die es vorher gegeben hat – die lange Vorgeschichte, die Weimarer Republik und ihr Scheitern – stärker zur Kenntnis zu nehmen.

Seit einigen Jahren haben wir uns dazu auf den Weg gemacht. Es bedarf tatsächlich einer Verknüpfung der verschiedenen Versuche, die bereits in der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte oder auch in dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ gemacht wurden. Auch dieser Verein, den ich einige Jahre repräsentiert habe, hat versucht, die Dinge etwas stärker zusammenzuführen. Wir müssen in einen neuen Kommunikationszusammenhang über diese Fragen kommen und einen neuen Versuch machen, gerade in dieser Phase der Demokratie, in der sie aus der Sicht mancher gefährdet erscheint.

Ich könnte mir vorstellen, dass wir dadurch begreifen, welchen Wert die Demokratie hat, und dass daraus Impulse erwachsen, sich in der gegenwärtigen Situation zu engagieren. Wobei schon richtig gesagt worden ist, die Demokratie muss immer im historischen Kontext und als Prozess gesehen werden, sie hat sich immer wieder neu durchzusetzen. Das heißt, dass wir uns um diese Demokratie kümmern müssen und dass dies eine permanente gesellschaftliche Aufgabe ist. Das Anliegen des Gesetzentwurfs ist unbedingt zu bejahen.

**Vorsitzender:** Sie haben noch zweieinhalb Minuten, Frau Abg. Schieder.

Abge. **Marianne Schieder** (SPD): Danke schön. Weil Frau Dr. Kitschun sich so kurz gefasst hat, stelle ich eine zweite Frage an sie. Wie schon angesprochen, fordern auch Sie eine stärkere Einbindung des europäischen, teils weltweiten Kontextes der deutschen demokratischen Wurzeln. Könnten Sie das ein bisschen näher beschreiben?

SV **Dr. Susanne Kitschun** (Ausstellungs- und Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen): Ganz herzlichen Dank. Es ist klar, dass es in dem





Konzept erst einmal um die Orte deutscher Demokratiegeschichte geht. Es ist aber auch so, dass die deutsche Demokratiegeschichte immer im europäischen Rahmen zu sehen ist. Deshalb fände ich eine noch stärkere Betonung dieses Aspekts sinnvoll, gerade wenn man auf die kommenden Jubiläen schaut. An meinem Ort geht es beispielsweise um die Revolution von 1848, die eine europäische war und an der man sehr schön die gemeinsamen europäischen Wurzeln in der Demokratiegeschichte zeigen kann. Es bietet sich an, das gemeinsame kulturelle Erbe zu stärken.

Meine Anregung ist deshalb, diese Möglichkeit einfach zu nutzen, weil diese Revolution ebenso wie die Revolution von 1989 gemeinsame Erfahrungen bietet, fundamentale politische Erfahrungen, die eben andere sind als Erfahrungen, die zum Beispiel im Kontext von Kriegen gemacht wurden, deswegen haben sie eine besondere Bedeutung, die sich positiv auf den europäischen Geist auswirken können.

**Vorsitzender:** Was bringt man noch in einer Minute unter? Dann ist jetzt die FDP-Fraktion an der Reihe. Herr Kollege Hacker, bitte, sieben Minuten.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir unterstützen die Etablierung der „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ und sind sehr dankbar, dass damit eine neue Säule der Erinnerungskultur geschaffen wird und damit gerade die kleineren und oft vergessenen Orte ins Bewusstsein gerückt werden sollen. Dabei ist uns wichtig, dass es immer um die Menschen geht, die an diesen Orten gewirkt und die Geschichte tatsächlich verändert haben.

Herr Jahn, ich hätte zwei Fragen an Sie. Die Stasi-Unterlagenbehörde ist seit vielen Jahren auch international Vorbild für viele und Sie sind ein gefragter Gesprächspartner. Können Sie uns aus Ihrer internationalen Erfahrung Impulse geben oder positive Beispiele für Orte nennen, die wir unbedingt in unsere Arbeit in Deutschland integrieren oder uns als Vorbild nehmen sollten?

Ein zweiter Punkt betrifft das Gedenkstättenkonzept des Bundes von 2008. Sie haben sich in Ihrer Stellungnahme darauf bezogen und erklärt, dass es dringend auf eine Modernisierung wartet. Themen wie die digitale Vermittlung kommen darin überhaupt nicht vor. Kann die neue Stiftung trotz der fehlenden Überarbeitung des Gedenkstättenkonzepts zu einem Erfolg werden oder kann sie Impuls für die notwendige Überarbeitung sein?

SV **Roland Jahn** (Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen): Erst einmal vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, es ist sehr zu begrüßen, dass es diese Stiftung geben soll und es liegt ein sehr guter Gesetzentwurf vor. Es wurde schon lange Zeit, die vielen Stellen vor Ort, wo viel geleistet wird, stärker zu fördern und zu vernetzen, sodass die Orte der Demokratiegeschichte Deutschlands sowohl national als auch international eine noch größere Wirkung entfalten können.

Die internationale Zusammenarbeit haben wir vom Deutschen Bundestag als Auftrag mit auf den Weg bekommen. Wenn wir Gäste empfangen, stelle ich bei uns im Haus immer wieder fest, dass die internationale Ausstrahlung eine sehr große Rolle spielt. Die Stasi-Dienststellen, die in der Friedlichen Revolution besetzt worden sind, deren Akten als Trophäe der Revolution erobert wurden und heute als demokratisierte Akten bereitgestellt werden, werden von ausländischen Gästen in ihrer doppelten Bedeutung wahrgenommen. Die Gäste nehmen diese Orte auch als ein Zeichen der Hoffnung wahr. Gerade Gäste aus Ländern wie China, Syrien, Belarus oder auch der Türkei verweisen immer wieder darauf, wie wichtig dieses Zeichen ist und fragen: Wie habt ihr es in Deutschland nur geschafft, die Diktatur zu überwinden? Diese Botschaft ist ja sehr bedeutsam, diese Botschaft können wir gerade an diesen Orten mit ihrer doppelten Bedeutung von Repression, Revolution und Aufklärung mitgeben. Insofern können diese Orte einen wesentlichen Beitrag leisten.

Als uns beispielsweise der Schriftsteller und türkische Journalist Can Dündar besucht hat, hat



er gesagt, eines Tages werden wir auch in der Türkei durch die Archive der Macht gehen, werden wir die Gesellschaft verändert haben; der Weg, den Deutschland geht, ist für uns ein Vorbild. Wir haben also eine große Vorbildwirkung und bekommen in den ausländischen Kontakten immer wieder eine Bestätigung dafür, dass dieser Weg gut ist. Selbst französische Historiker verweisen auf den deutschen Weg und sagen, gerade diese Orte, die besonders viel Kraft gefordert haben, um sie erobern zu können, drücken sehr viel aus. Nehmen wir die Französische Revolution mit dem Sturm auf die Bastille. Nehmen wir den Ort Bastille, der zwar nicht mehr so aussieht wie das Gefängnis von damals, aber neben anderen Orten in Frankreich als Modell und als Beispiel wahrgenommen wird und zum Symbol geworden ist. Die Bastille hat als Ort Kraft bis in die heutige Zeit und wirkt weltweit. Ein französischer Historiker sagte zu mir, die Stasi-Zentralen sind eure Bastille, ihr müsst sie viel stärker herausstellen.

In diesem Sinne gibt es weitere Beispiele wie in Polen das Europäische Zentrum der Solidarność. Dort, gleich neben der Werft, wo sich damals die Streiks entwickelt haben, gibt es ein Denkmal, das an die Niederschlagung der ersten Streiks in den 1970er-Jahren erinnert. Dieser Kontrast entfaltet große Wirkung: Die Niederschlagung, die dort stattgefunden hat, die Repression, die dort symbolisiert ist, wird neben dem Zentrum der Solidarność, das die Revolution in Polen darstellt, gezeigt. All das hat nicht nur eine polnische, sondern zugleich eine europäische Bedeutung.

Von daher kann ich mir vorstellen, auch bei uns die Orte weiterzuentwickeln. Wir tun es ja bereits, wir tun es ja beispielsweise bei der Stasi-Zentrale in Berlin. Dort wird die Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft zur Friedlichen Revolution gezeigt. Es ist vorgesehen, ein Forum für Opposition und Widerstand aufzubauen, um deutlich zu machen, dass der Weg in die Demokratie mühevoll war. Es gilt, diesen Weg immer wieder darzustellen und zwar auch mithilfe zeitgemäßer Formen. Die Kombination aus historischen Orten und digitaler Welt anzubieten, die digitale Brücke zu schlagen in die nächsten Gene-

rationen, das ist aus meiner Sicht ganz besonders wichtig.

Damit das gelingt, wird eine Stiftung gebraucht, die mit ihren Strukturen genau das leisten kann, nämlich zu fördern, zu vernetzen und sicherzustellen, dass alle Kooperationspartner, die sich einbringen wollen, dabei sein können. Deswegen würde ich mir wünschen, dass nachgesteuert wird in § 2 des Gesetzentwurfs, im Stiftungszweck. Man sollte dort die Archive aufnehmen. Das Bundesarchiv als Gedächtnis der Nation, zu dem das Stasi-Unterlagen-Archiv ab Juni mit der Übergabe der Stasi-Unterlagen gehört, sollte ins Gesetz aufgenommen werden. Es sollte deutlicher gemacht werden, dass der Fördergedanke an erster Stelle steht. Die Regelung in § 2 müsste so geändert werden, dass die Fördermaßnahmen in den Mittelpunkt rücken statt der eigenen Aktivitäten der Stiftung. Es muss um das Fördern der Vielfalt gehen, um die Vielfalt in der gesamten Bundesrepublik.

Ich glaube, dass mit der Stiftung eine Chance verbunden ist. Durch das Zusammengehen vieler Akteure kann viel bewirkt werden. Ich nenne nur noch als Beispiel den Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019. Tausende sind damals auf das Gelände der Stasi-Zentrale in Lichtenberg gekommen und haben genau das erlebt, was wir uns langfristig vorstellen. Dazu braucht es aber Mittel, eine gute Kooperation und die Vielfalt der Akteure. Das kann durch die Stiftung erreicht werden.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Ich darf jetzt das Wort an die Fraktion DIE LINKE. geben. Frau Kollegin Barrientos, bitte.

Abge. **Simone Barrientos** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Vieles ist ja schon gesagt worden, vieles ist deutlich geworden. Es ist deutlich geworden, dass, wenn wir von Demokratie reden, es nicht diese eine Demokratie gibt, von der wir alle die gleiche Vorstellung haben, sondern dass der Begriff weiter zu fassen ist. Außerdem ist eine Demokratie niemals fertig. Oskar Negt hat einmal geschrieben, dass eine demokratisch verfasste Gesellschaft die einzige Gesellschaftsordnung ist,



die gelernt werden muss. Alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so. Genauso ist es. Auch der demokratische Zustand, den wir heute haben, ist erkämpft worden, unter anderem von Bürgerrechtsbewegungen. Das gilt auch für die Bundesrepublik, wo zum Beispiel der Zentralrat der Sinti und Roma damals in Dachau einen Hungerstreik organisiert hat.

Auch heute setzen sich soziale Bewegungen und Bündnisse mit diesem Konzept auseinander. Wenn man erreichen will, dass am Ende etwas entsteht, in dem Jugendliche und junge Menschen sich gespiegelt finden, ist es nach meiner Auffassung sehr hilfreich, diese Bündnisse und sozialen Bewegungen in die Erarbeitung des Konzepts einzubeziehen.

Meine Frage richte ich an Herrn Dr. Garbe. Sie sind für das Bündnis Decolonize hier und haben aus diesem Bündnis heraus relativ heftige Kritik am Rahmenkonzept geäußert. Könnten Sie diese Kritik noch einmal verdeutlichen und auf den Prozess eingehen, der zur Entwicklung des Konzepts bisher stattgefunden hat? Mich würde außerdem interessieren, welche Anforderungen Sie bzw. Ihr Bündnis an die „Stiftung Orte deutscher Demokratiegeschichte“ stellen. Danke.

**SV Dr. Sebastian Garbe** (Bündnis Decolonize): Sehr gern, vielen Dank. Die Kritik formuliert sich nicht an der Gründung der Stiftung per se, sondern an der bisherigen und geplanten inhaltlichen Ausgestaltung. Das beinhaltet explizit zunächst die Auswahl der Orte der Demokratiegeschichte. Wir sehen dabei die Gefahr, dass gerade auch jene Orte ausgewählt werden, die Teile einer sogenannten Rekonstruktionsarchitektur sein könnten, mit der versucht wird, die nationale Vergangenheit in ein rein positives Geschichtsbild zu stellen und sie ihrer historischen Widersprüchlichkeit zu entledigen. Gerade die zentrale Rolle, welche die Frankfurter Paulskirche in dem Projekt einnehmen soll, sehen wir äußerst kritisch, trotz ihres bedeutenden Symbolwerts für die demokratische Tradition in Deutschland. In der Nationalversammlung hat sich eine überwältigende und parteiübergreifende Mehrheit sowohl für die Errichtung einer deutschen imperialen Seeflotte

als auch für die Förderung deutscher Auswanderung in zu errichtende überseeische Kolonien ausgesprochen. Dadurch muss die Paulskirche auch als Gründungsort und als Moment deutscher Kolonialgeschichte verstanden werden.

Zu den Köpfen der Demokratie: Viele aufgeführte Frauen und Männer haben für die Demokratie viel geleistet. Aber die bisherige Auswahl und Darstellung der Biografien als Beispiele für demokratisches Handeln und Wirken ist zu einseitig, denn es finden sich in dem Projektentwurf Personen, die für Imperialismus, Antisemitismus und Kolonialrassismus stehen. Dazu zählen unter anderem Rudolf Virchow, Wolf von Baudissin oder aber auch das kolonialrevanchistische Engagement Konrad Adenauers als Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft. Höchst widersprüchlich ist die Auswahl auch dadurch, dass auf sehr problematische Art und Weise politische Antagonisten aneinandergereiht werden. Das zeigt sich beispielhaft im Nebeneinander von Konrad Adenauer und Fritz Bauer.

Mit dieser Auswahl wird vergessen gemacht, dass Schwarze und afrikanische Persönlichkeiten innerhalb der Grenzen des Wilhelminischen Kaiserreichs und Deutschlands gegen das koloniale Unrecht und für Demokratie kämpften. Dabei reicht die – wie bei den jüdischen Biografien – ungefragte Aufnahme der schwarzen deutschen Aktivistin, Wissenschaftlerin und Dichterin May Ayim nicht. Die Abwesenheit solcher Biografien ist symptomatisch für eine deutsch-zentrierte Perspektive und die Negierung von transnationaler Geschichte.

Wie wir den Prozess bewerten und welche Schritte bisher erfolgt sind? Insgesamt muss gesagt werden, dass das Projekt in seiner jetzigen Ausgestaltung unzureichend ist. Aspekte, die eine demokratische Gesellschaft heute ausmachen, wie zum Beispiel eine interkulturelle Sensibilität unter Einbeziehung von BIPoC-Verbänden (BIPoC = Black, Indigenous, People of Color), jüdischen Institutionen und Selbstvertretungsgruppen von Roma/Romnja und Sinti/Sintize, sind unter anderen in dem Prozess nicht vorhanden.





Befremdlich finden wir die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte. Ohne deren Expertise absprechen zu wollen, kann man sagen, dass es sich um ein weiß gelesenes Gremium handelt, womit wir nicht die Hautfarbe, sondern die Nicht-Betroffenheit von Rassismus meinen. Es wird wohl kaum ihren selbstdefinierten Zielen von demokratischer Teilhabe und Zivilcourage entsprechen.

Es stellt sich hier die Frage, wer Geschichte definieren, wer sprechen und wer eine Demokratietradition begründen darf. Das deutschlandweite Bündnis Decolonize hat sich mit einem offenen Brief an die Staatsministerin und die AG gewandt. Leider kam von Frau Grütters keine Reaktion, und die AG hat aus unserer Sicht unzureichend und ausweichend geantwortet. Im Gegensatz dazu erwarten wir ein proaktives Zugehen auf die genannten Gruppen und entsprechende Offenheit sowie eine Selbstverständlichkeit in der Wahrnehmung unserer postmigranten, diversen und interkulturellen Gesellschaft. Das heißt, die Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte muss proportional zur heutigen Demokratie und zur demografischen Entwicklung in Deutschland mindestens zu einem Drittel divers besetzt werden. Für eine adäquate Begründung einer Demokratietradition müssen die vorgeschlagenen Orte und Köpfe explizit auch auf ihre Widersprüchlichkeit hin beschrieben werden, die problematischen historischen Verstrickungen dürfen nicht verschwiegen werden. Anstatt eine Demokratietradition einzig aus der Vergangenheit heraus zu verteidigen und zu fördern, brauchen wir also ein konsequentes und entschlossenes Eintreten in der Gegenwart für einen demokratischen Grundkonsens, der sowohl antifaschistisch, antikolonial und dekolonisierend als auch interkulturell und inklusiv ist. Dies muss die Aufgabe derartiger Projekte sein. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Jetzt würde ich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um ihren Beitrag bitten. Sechs Minuten, Herr Kollege Grundl, bitte.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vieles

ist gesagt worden, ich beziehe mich deshalb einfach auf unsere entscheidenden Kritikpunkte. Natürlich möchte man der Errichtung der „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ eigentlich einfach zustimmen, aber wir sehen, dass viele Punkte nicht ausreichend gewürdigt werden, vor allem die historische Leistung der Friedlichen Revolution. Wir kritisieren, dass der Gesetzentwurf als Sitz der Stiftung nur Frankfurt am Main vorsieht, obwohl doch gerade ländliche Orte erreicht werden sollen. Dieser Aspekt ist hier vielfach beschworen worden. Die Entscheidung für den Sitz sendet nach unserer Meinung ein falsches Signal. Mehrere Standorte – auch in Ostdeutschland – wären sinnvoll.

Die ostdeutsche Demokratieerfahrung wird im Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Die Kooperationsverpflichtung schließt keine regionalen und lokalen Akteure ein. Gerade diese Akteure wirken aber maßgeblich an der Vermittlung demokratischer Werte mit. Dasselbe gilt für die ausschließliche Förderung national hervorragender und gesamtgesellschaftlich relevanter Projekte. Davon werden kleinere und lokal begrenzte Projekte nicht erfasst. Unsere Kritik am Rahmenkonzept ist folgende: Das Konzept erwähnt zwar verschiedene relevante Orte und Projekte, entwickelt aber keine Ideen für deren Ausbau und Weiterentwicklung. Und zum Thema Friedliche Revolution legt das Konzept keine neuen Ideen vor, entwickelt es auch keine klare Zukunftsperspektive.

Ich habe zwei Fragen an Frau Oltmanns. Inwiefern lassen sich auch Projekte kleinerer Träger in die Förderungsmöglichkeit einbeziehen? Welche Institutionen und Stiftungen im Speziellen zum Thema Montagsdemonstrationen bzw. ostdeutscher Demokratieerfahrungen sollten noch in die Kooperation einbezogen werden?

**SV Gesine Oltmanns** (Stiftung Friedliche Revolution): Vielen Dank für das Wort. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist schon ausgesprochen viel zur Bedeutung des Gesetzentwurfs gesagt worden. Ich möchte im Namen der Stiftung Friedliche Revolution noch einmal



feststellen, dass wir uns mit sehr vielem des hier Erwähnten sehr verbunden fühlen. Meiner Stellungnahme, die Ihnen zugegangen ist, ist unmissverständlich zu entnehmen, dass ich mich für eine ehrliche und wirksame Einbeziehung von Orten deutscher Demokratiegeschichte in der Vielfalt, die unsere Historie abbildet, einsetze. Es geht mir als Vertreterin der Stiftung Friedliche Revolution, die in Leipzig aktiv Erinnerungskultur mitgestaltet, logischerweise um den Blick auf das bedeutsame Potenzial, dass diese Stadt für die Darstellung von Demokratie und Freiheitswillen in unserer Geschichte zu bieten hat. Um an meine Vorredner/-innen anzuschließen, weise ich ganz besonders auf die Vermittlungsebene des generationsübergreifenden Bildes hin, die wir in Leipzig ermöglicht haben: Erlebnisgeneration trifft auf Generation der Zukunft. Es ist eine sehr spannende Möglichkeit, die die Orte der Friedlichen Revolution offenbaren. Leipzig mit seinem wirklich einzigartigen weltbekannten Ensemble der historischen Orte der Friedlichen Revolution gehört für uns im Rahmenkonzept auf die Ebene von Paulskirche, Rastatt oder Friedhof der Märzgefallenen.

Ich möchte aber gern in die Tiefe gehen und ganz speziell auf den Gesetzentwurf zurückkommen, denn er zurrt das fest, was für die Zukunft bindend ist. Wenn der Anspruch des Gesetzes zur Errichtung dieser neuen Stiftung sein soll, ein breites Netzwerk von Orten der Demokratiegeschichte in ganz Deutschland starkzumachen, so heißt das, sie zu fördern, ihnen in ihrer täglichen Arbeit beizustehen und ihnen selbstständige Projekte zu ermöglichen. Dafür reicht es nicht, der neuen Stiftung eigene Aktivitäten zuzusprechen und Veranstaltungskooperationen gemeinsam mit anderen Institutionen durchzuführen. Aus unserer praktischen Arbeit weiß ich, dass Institutionen vor Ort mit Kooperationen allein nicht auskommen, da diese kaum die Ressourcen für Projekte abdecken. Die Eingrenzung auf eigene Veranstaltungen der neuen Stiftung schließt die langfristige und nachhaltige Projektarbeit vor Ort nicht ein. Deshalb bitte ich zu bedenken, diesen Aspekt im Stiftungszweck zu ergänzen und die sogenannten Fördermaßnahmen voranzustellen, die durch eigene Aktivitäten der Stiftung ergänzt werden sollen. Das würde die

Ausrichtung der Aufgabe der Stiftung klar definieren und ihrem Anspruch gerecht werden. Weiterhin bitte ich zu bedenken, dass die avisierten Veranstaltungen im Wortlaut des Gesetzes um Projekte ergänzt werden. Ich wäre sehr dankbar, wenn diesem Anliegen nachgekommen werden könnte. Danke.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Dr. Garbe. Wie lassen sich die schwarzen deutschen Demokratie- und Widerstandserfahrungen stärker ins Konzept einbeziehen? Das würde mich interessieren.

**Vorsitzender:** Bitte.

SV **Dr. Sebastian Garbe** (Bündnis Decolonize): Sehr gern, danke. Für uns bedarf es einer diversen Zusammensetzung der AG, des Stiftungsrates und des Stiftungsbeirates, um alternative Orte und die Biografien der Demokratie zu identifizieren und zu kontextualisieren. Damit machen wir keinen Ad-hoc-Vorschlag, sondern diese Orte sind in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler/-innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem bestehend aus Black, Indigenous, People of Color, Vertretern und Vertreterinnen von Roma/Romnja und Sinti/Sintize in einem partizipativen Prozess zu erarbeiten. Das ist für uns ganz zentral.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Jetzt würde ich Frau Bering das Wort geben.

MDgn **Maria Bering** (BKM): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank. Ich möchte mich erst einmal herzlich bedanken für die große Unterstützung, die ich heute gehört habe, und für die Anerkennung dessen, was wir formuliert haben, was in einem längeren Prozess der Erarbeitung entstand. Also wirklich meinerseits erst einmal herzlichen Dank! Gleichzeitig sind eine Reihe von Anregungen vorgelegt worden, die ich alle gern mitnehme.

Wichtig ist mir, dass wir heute an zwei, drei Stellen eine Klarstellung vornehmen, weil sich



hier ansonsten etwas verfestigt. Die Stiftung ist primär eine Förderstiftung, so ist es in der Reihung der Maßnahmen ausdrücklich dargestellt. In § 2 Abs. 2 Nr. 1 ist die finanzielle Förderung von Projekten verankert. Damit ist ausdrücklich gemeint, dass Dritte, Außenstehende außerhalb der Stiftung, Projekte formulieren, erarbeiten, entwickeln, die dann in einem transparenten Verfahren, beginnend mit der Antragstellung, bewertet werden, um dann bewilligt und finanziert zu werden, damit sie vor Ort stattfinden können. Erst in Nr. 4 stehen die eigenen Veranstaltungen.

Wenn Sie sich bitte in Erinnerung rufen wollen, dass wir die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ähnlich konstruiert haben. An erster Stelle steht die Antragstellung durch Dritte, in weit geringerem Umfang folgen eigene Veranstaltungen und Kooperationen, die angedacht werden.

Was an Kooperationspartnern genannt ist, soll kein abschließender Katalog sein. Natürlich ist auch das Bundesarchiv, gerade in der neuen Konstellation, ein wichtiger Kooperations- und Ansprechpartner. Aber das Bundesarchiv ist nicht förderberechtigt in diesem Kontext, sonst entstünde eine Schieflage auch finanzieller Art. Die Förderung, die von der Bundesstiftung ausgehen soll, soll ja flächendeckend in der Republik greifen und nicht die sowieso schon großen finanzstarken Einrichtungen unterstützen. Dass diese Einrichtungen selbstverständlich auch wiederum Partner sein können, um andere zu unterstützen und ihr Fachwissen zum Beispiel in den Bereichen Digitalisierung, Vermittlung, Vernetzung zur Verfügung stellen, das erwarten wir schon. Dafür soll Kooperation angeregt und organisiert werden. Diese zwei Punkte waren mir wichtig, damit sich hier nichts Falsches festsetzt.

Schluss der Sitzung: 16:40 Uhr

Johannes Selle, MdB  
**Stellvertretender Vorsitzender**

Zu Decolonize nur ein Hinweis: Der offene Brief hat unser Haus nie erreicht, bei uns ist dieser Brief nie eingegangen. Ansonsten antworten wir nämlich auf Briefe, ich gebe zu, ungern auf offene Briefe. Aber wenn etwas an uns adressiert wird, nehmen wir dazu gern Stellung. Das, was von Decolonize kritisiert wird, fällt allerdings gar nicht in unseren Verantwortungsbereich. Die Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte ist eine Organisation, mit der wir gern kooperieren. Natürlich steht es der AG frei, ihre Mitglieder selbst zu bestimmen.

Vielleicht als abschließenden Satz: Es ist uns an jeder Stelle der Förderpolitik unseres Hauses wichtig, kein staatlich verordnetes Geschichtsbild vorzugeben, sondern immer Pluralität zuzulassen. Wenn es Anregungen und Hinweise gibt, nehmen wir sie gern auf und transportieren sie über unsere eigenen Gremienmitgliedschaften weiter. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Bering. Ich glaube, der Beitrag war geeignet, die Sympathien für dieses Projekt noch zu vergrößern. Sie haben uns auch noch einmal dargestellt, was für Möglichkeiten sich bieten.

Ich schaue in die Runde und sehe niemanden, der noch dringend etwas unterbringen muss, was noch nicht gesagt wurde. Ich möchte hinzufügen, dass wir das, was gesagt wurde, sehr ernst nehmen und in die Auswertung einbeziehen. Der Ausschuss wird sich am 19. Mai mit dem Ergebnis beschäftigen und eine Beschlussempfehlung an den Deutschen Bundestag geben. Das Plenum wird im Juni abschließend entscheiden. Ich bedanke mich für Ihr konzentriertes Mitarbeiten. Wir haben alle zeitlichen Vorgaben eingehalten. Herzlichen Dank, bleiben Sie gesund und auf Wiedersehen.